



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 19.03.2025 – Auszug aus Drucksache 19/5941 –

Frage Nummer 30

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordnete
Sanne
Kurz
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Vor dem Hintergrund der seit des Tätigkeitsberichts 2022 fehlenden öffentlichen Tätigkeitsberichte des Forschungsverbunds Provenienzforschung Bayern (FPB) frage ich die Staatsregierung, welche Ressourcen (bitte Finanzmittel sowie Personal in Vollzeitäquivalenten pro Jahr mit Eingruppierung getrennt angeben) hat das bzw. plant das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst für die staatlichen Museen, Archive und Sammlungen in Bayern bereitzustellen, um, wie von Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Markus Blume angekündigt, alle Staatlichen Sammlungen zu inventarisieren um einen Überblick über die möglichen Raubkunstbestände zu bekommen und sie so in ihrer Arbeit zu unterstützen, im Sinne der Washingtoner Prinzipien und der Gemeinsamen Erklärung den Ansprüchen gerecht werden zu können (bitte den Verlauf der zur Verfügung stehenden bzw. geplanten Finanzmittel und Personalausstattung bekannt geben für die Jahre 2020 bis 2026), bis wann soll die von Markus Blume angekündigte Inventarisierung abgeschlossen sein und auf welchen Kanälen/Plattformen sollen diese Informationen jeweils veröffentlicht werden?

Antwort des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

Wie von Staatsminister Markus Blume im Plenum des Landtags am 27.02.2025 angekündigt, wurden mit Schreiben des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst vom selben Tag die staatlichen Museen und Sammlungen bereits angewiesen, ihre Bestände, soweit noch nicht geschehen, zu inventarisieren, die Akten sukzessive zu digitalisieren und eine Systematik für eine beschleunigte Provenienzforschung zu entwickeln.

Abgesehen davon wird eine unabhängige Expertenkommission beauftragt, die Restitutionspraxis und -strukturen der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen und darüber hinaus zu untersuchen, um Defizite zu identifizieren und zu beheben sowie konkrete Vorschläge für Strukturen zur Optimierung der Provenienzforschung und Restitutionspraxis zu machen. Dabei wird auch der Zeitplan für die Inventarisierung und die Veröffentlichungspraxis Gegenstand der Untersuchungen sein sowie zusätzlicher Ressourcenbedarf ermittelt. Bereits zugesagt sind zwei zusätzliche Stellen und Mittel in Höhe von 1 Mio. Euro. Über den Stand der Untersuchungen wird

der Landtag noch vor der Sommerpause entlang der beschlossenen Berichtsanträge umfassend unterrichtet.